

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Als **Olaf Scholz** am 08.12.2021 deutscher Kanzler wurde, versprach er eine Zeit des Aufbruchs und einen „neuen Fortschritt“. Er wollte dafür die Weichen stellen und den Kampf gegen den Klimawandel führen. Die Wirtschaft sollte modernisiert werden, damit wir Deutsche auch künftig technologisch an der Spitze stehen. Heute könnte man den Hanseaten so charakterisieren: Langweiler, Zauderer, Zögerer, eben nur ein „Scholzomat“. Diejenigen, die ihn kennen, bezeichnen ihn als beratungsresistent. Kurz: Er hindert sich selbst daran, klüger zu werden. Es gab Politiker, die sagten offen: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern. Die aber waren so klug, zu hinterfragen, hinzuzulernen und sich permanent neu zu positionieren. Die Meinungsforschungsinstitute ermittelten einen Trendverlauf (und zwar nach unten): Nur 20%, die mit O.Sch. einverstanden sind und 76%, die mit der Ampelkoalition unzufrieden sind. Den Reformstau aus der Merkel-Ära konnte die Ampel nicht kurzfristig auflösen – was man ihr nicht negativ ankreiden kann. Ob sie besser oder schlechter ist als ihr Ruf, sei dahingestellt. Der Bundesfinanzminister schämt sich für die Wirtschaftslage in Deutschland; selbst der grüne Wirtschaftsminister nennt sie demutsvoll „dramatisch“. Nur im Kanzleramt (also beim Chef) wird der Ernst der Lage von O.Sch. offenbar unterschätzt. Am 10. dieses Monats trafen sich die Präsidenten von 4 Spitzenverbänden bei O.Sch., um das zerrüttete Verhältnis zwischen Wirtschaft und Kanzler zu kitten. Die mitgebrachte 10-Punkte-Liste, die den Status quo über den Zustand Deutschlands schilderte, gleichzeitig auch Möglichkeiten zur Abhilfe aufgezeichnete, prallten vom Kanzler ab. Er ging zum Gegenangriff über und bezeichnete die vorgetragene Sorgen als „Klagelied des Kaufmanns“. Im späteren Statement sagten die CEOs der Wirtschaftsverbände: „Er hat uns behandelt wie Untertanen.“ Er sieht nach wie vor das „zweite Wirtschaftswunder“ in Deutschland. So etwas haben früher nur die Kaiser gemacht, um in propagandistischer Manier das Volk zu beruhigen. Fakt ist, dass unsere Politiker Deutschland in eine Lage zwischen Rezession und Stagnation manövriert haben, aus der wir wahrscheinlich kurzfristig nicht herauskommen werden. Jetzt erleben wir, was Deutschland als wirtschaftspolitischer Zuchtmeister den europäischen Südstaaten gebetsmühlenartig in der Vergangenheit belehrend vorpredigte. Bei uns wird in nächster Zeit Freude aufkommen, wenn das Wirtschaftswachstum knapp über 0% liegt. Für „Fachleute“ in der Regierung müsste erkannt werden, dass das Kernproblem die demografische Entwicklung ist. Den Fachkräftemangel erkennt man bei einem Blick ins Bundeshaus oder anderen Führungsetagen. In den nächsten 5–7 Jahren gehen Menschen der geburtenstarken Jahrgänge in Rente, was die Zahl der arbeitenden Menschen verringert. Dann gibt es aber auch solche, die 35 Stunden in der Woche arbeiten wollen; es versteht sich von selbst – bei vollem Lohnausgleich. Wir Deutschen sind mit der Zahl der Arbeitsstunden ohnehin nicht die Eifrigsten. In Kurzfassung: Es muss Anreize geben, damit sich Vollzeitarbeit lohnt. Hubertus Heil sollte das Rentenalter pauschal nicht für alle festsetzen, sondern dem Menschen den Freiraum geben, den Rentenbeginn individuell für sich selbst zu bestimmen. Damit die „kalte Progression“ den Mehrverdienst nicht auffrisst, sollten Steuer- und Sozialsysteme reformiert werden. Neben öffentlichen Investitionen muss es für Privatpersonen Anreize geben, damit sie ihr Geld nicht im Ausland investieren. Ausländische Investitionen in Deutschland (Intel-Chipwerk in Magdeburg / Northvolt-Batteriefabrik in Heide) basieren nicht auf den guten Rahmenbedingungen bei uns, sondern auf gigantischen Subventionen, mit welchen unsere Regierung lockt. Das sind Steuerzahlungen und man muss sich fragen, ob der Steuerzahler

das will. Seitdem es die Ampel gibt, hat man den Bürgern der drittgrößten Volkswirtschaft erzählt, dass man den Bundesbürger „mitnehmen“ will. Real zeigt sich eine zunehmende Distanz zwischen Staat und Bürgern und das bezeichnen wir als Vertrauensverlust.

In diesem Monat führte die **2. Chinareise Kanzler Olaf Scholz** für 3 Tage unter anderem nach Peking. Auf Augenhöhe wollte er Staatschef Xi begegnen. Welch ein Fantast! Es sollte O.Sch. klar sein, dass Europa weit entfernt ist, mit einer Stimme zu sprechen. In seiner Reisedelegation waren Minister, die gegenseitig zerstritten sind. Während 3 Stunden konnte O.Sch. seine Kritik vortragen, aber die wurde ignoriert. Wer beim Präsidenten insistiert (zu sehr auf seine Meinung beharrt), wird abgewürgt und bekommt keine Termine mehr. Die Abhängigkeit Deutschlands/Europas von China ist hinreichend bekannt und die Importzahlen sprechen eine klare Sprache. Während O.Sch. Güter ansprach, die mit subventionierten Billigpreisen aus China exportiert würden, sind das für Präsident Xi Angebote, die den Markt weltweit bereichern. Offiziell bezeichnet sich China als neutral, ist aber in der Sache Ukraine als Verbündeter nach wie vor fest an der Seite Russlands. Eine Diskussion darüber lässt man nicht zu. Über eine Verbesserung der betrieblichen Situation von 5.000 deutschen Unternehmen, die in China aktiv sind, wollte man nicht reden. Man verwies auf die Rekordsumme von rund 12 Mrd. € Investitionen (2023) deutscher Unternehmen in China. O.Sch. müsste gelernt haben, dass das beste Derisking die Schaffung gegenseitiger Abhängigkeiten ist. Die CEOs der Delegation fungierten lediglich als Statisten und kamen mit leeren Händen zurück. Das Ergebnis, welches O.Sch. nach den Gesprächen auf der Rückreise im Gepäck hatte, druckte das Handelsblatt vom 17.04.2024 mit der Schlagzeile: „Xi lässt Scholz auflaufen“!

Ende der 1940er Jahre sang Rudi Schuricke „Wenn bei Capri die rote Sonne ...“. Hätte O.Sch. Präsident Xi davon erzählt und ihm die Schönheit der idyllischen Kulisse geschildert, hätte der seinen Außenminister vielleicht zum geplanten **G7-Gipfel** geschickt. Man hat aber auch so genügend Gesprächsstoff: Ukraine-Krieg, Konfrontation Israel mit Gaza bzw. Iran, zunehmende Eskalation im Nahen Osten. Zwischenzeitlich bekommt Israel von der G7 keine bedingungslose Unterstützung. Das Leiden der Zivilbevölkerung in Gaza wird nicht toleriert. Einen harten Gegenschlag Israels gegen den Iran will man verhindern. Das Ergebnis des Gipfels muss sein, drohende Konfrontationen dürfen nicht zum Krieg führen; die globale Stabilität muss wiederhergestellt werden.

Eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte zeigt die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Halbleitern, Batterien und Lithium aus Asien. Deutschland bezieht 62% seiner Halbleiter aus 5 asiatischen Ländern, allen vorweg TSMC, Taiwan. Das schwere Erdbeben kürzlich sowie das angespannte Verhältnis zu China stellen ein deutliches Risiko dar. Ein Umsteuern wäre erforderlich. Auch beim **Lithium** (für **Batterien**) sieht es bedenklich aus. Ex China haben sich von 2013 bis heute Importe um ca. 25% erhöht. Der Hauptlieferant Chile liegt zwar mit ca. 47% an der Spitze, aber 2013 betrug der Anteil ca. 76%. Eine weitere Lieferquelle wäre Argentinien. Das Institut für Technologie hat errechnet, dass ca. 12% des Lithiumbedarfs in Deutschland durch Recycling alter Smartphones und ähnlichem (Urban Mining) abgedeckt werden könnte. Die Schwachstelle eines jeden E-Autos ist die Lithium-Ionen-Batterie. Ohne gutes Recycling der Batterien macht die E-Mobilität keinen Sinn. Mangan, Nickel, Grafit, Lithium und Kobalt sind gefährlicher Abfall und könnten bei nicht sachgerechter Entsorgung ein Sicherheitsrisiko, eine Belastung für Umwelt und

Klima darstellen. Duesenfeld¹ hat Verfahren entwickelt, die ohne das anfänglich übliche Einschmelzen oder Erhitzen der Batteriemodule auskommen. Der VDMA² hat sich mit diesem Thema intensiv beschäftigt. Ab 2027 soll der sog. Batteriepass in der EU Pflicht werden. Er könnte einige Probleme lösen, die derzeit mit dem E-Auto verbunden sind. Der gestrichene Umweltbonus hat Rabattschlachten im 1. Quartal 2024 ausgelöst – aber viele Aktionen sind Ende März ausgelaufen. Wie sagte Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer: „Die meisten Kunden wollen aktuell lieber Verbrenner fahren – nicht zuletzt auch, weil die Verunsicherung mit Blick auf die neue Technologie groß ist.“ Den Autobauern ist das recht, weil die Margen beim Verbrenner höher sind als beim E-Auto. Die Hersteller werden sich auf jeden Fall ab 2025 auf strengere CO₂-Flottengrenzwerte einstellen. Die Europawahl steht an und die (noch) grasgrüne EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hält nach wie vor am Verbrennerverbot ab 2035 fest.

Für die Ampel ist die **Wärmepumpe** das Maß aller Dinge. Die zermürbenden Debatten über das Gebäudeenergiegesetz (GEG) hat vielen Deutschen die Lust genommen, ihre Heizung zu tauschen. Der Absatz von Heizungswärmepumpen:

- 2021 154.000
- 2022 236.000
- 2023 356.000
- 2024 500.000 (Ausbauziele der Bundesregierung)
- bis 2030 6 Mio. (Ausbauziele der Bundesregierung)

Drei Viertel der deutschen Haushalte heizen noch mit Gas oder Öl. Das Meinungsforschungsinstitut Civey startete für Vaillant eine Umfrage. Danach ist mehr als ein Drittel aller Deutschen nicht bekannt, dass der Einbau einer Wärmepumpe staatlich gefördert wird. 9 von 10 (86%) ist nicht bewusst, dass der Staat bis zu 70% der förderfähigen Kosten übernimmt. Im März dieses Jahres sagte Minister Robert Habeck: Man kann die Heizungsförderung beantragen, aber der Staat zahlt das Geld erst im Herbst aus. Die Verunsicherung der Tauschwilligen in Zahlen:

- 2022 im Schnitt monatlich 29.000
- 2023 70% weniger

Gespräche auf der SHK+E³ ergaben, dass alle Wärmepumpenhersteller die Läger randvoll haben (geschätzt mindestens 800.000 Einheiten). Folglich wird zu „Ramschpreisen“ verkauft. Zu wenige Handwerker, die sich mit Wärmepumpen auskennen und zu viel Bürokratie werden auf Sicht nicht für einen schnellen Abverkauf sorgen. Im Internet kann die Branchenstudie 2023 des bwp⁴ heruntergeladen werden.

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH), Halle gab die Zahl der Firmenpleiten im März mit 1.297 an. So viele wie seit Jahrzehnten nicht. Hauptgründe: Kostensteigerung (Refinanzierung durch höhere Zinsen), gestiegene Lohn- und Energiekosten, Fachkräftemangel (siehe Seite 1 = man

¹ www.duesenfeld.com

² Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (Quelle: Roadmap Batterie-Produktionsmittel 2030)

³ Sanitär, Heizung, Klima und Elektro; 19.-22.03.2024 in Essen

⁴ bwp Bundesverband Wärmepumpe e.V., Berlin – info@waermepumpe.de – www.waermepumpe.de

sieht es im Bundestag). Mit der Coronahilfe wurden unproduktive Firmen lebensfähig gehalten. Jetzt kommen Rückzahlungsforderungen, die viele nicht „stemmen“ können. Hauptsächlich ist die Immobilien- und Baubranche betroffen. Ab Mitte des Jahres wird mit einer Erholung gerechnet, weil Zinssenkungen die Unternehmen entlasten werden.

Das Bundesverfassungsgericht beschloss im November letzten Jahres, dass die Ampel die für den Kampf gegen die Corona-Pandemie geplanten Milliarden im neuen Haushalt nicht umverteilen darf. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts unter Vorsitz von Doris König⁵ könnte erneut Milliarden streichen – es geht um den **Solidaritätszuschlag**. 6 FDP-Abgeordnete hatten Ende 2019 Verfassungsbeschwerde eingereicht, um den Soli komplett zu streichen. Betroffen wären rund 3 Mio. Steuerpflichtige (ca. 10%), die 5,5% Ergänzungsabgabe zusätzlich zur Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer an den Bund bezahlen. Entscheidet das BVerfG, dass der Soli seit 2020 verfassungswidrig war, müssten die gezahlten Beträge zurückgezahlt werden. Finanzminister Christian Lindner (FDP) wirbt bereits dafür, noch vor einer anstehenden Gerichtsentscheidung eine Reform des Solidaritätszuschlags anzustoßen. Derzeit ist nicht absehbar, wann mit einer Entscheidung über das 30 Jahre alte Gesetz zu rechnen ist.

**Sonntagsfrage
zur Bundestagswahl
(Stand 04.04.2024)**

Partei	%-Wert
AfD	18,0%
BSW	5,0%
CDU/CSU	30,0%
FDP	4,0%
Freie Wähler	3,0%
Grüne	15,0%
Linke	3,0%
SPD	15,0%
Sonstige	7,0%

Quelle:
<https://www.infratest-dimap.de/>

**Wahlumfrage
zur Europawahl
(Stand 12.04.2024)**

Partei	%-Wert
AfD	18,0%
BSW	6,0%
CDU/CSU	31,0%
FDP	4,0%
Grüne	12,0%
Linke	3,0%
SPD	16,0%
Sonstige	10,0%

Quelle:
<https://www.europawahl-bw.de/wahlprognosen-europawahl>

⁵ Prof. Dr. Doris König, geb. 1957 in Kiel, Vizepräsidentin Bundesverfassungsgericht

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die Mine der europäischen Edelstahlwerke hat sich aufgehellt, weil lagerführende Händler bestellt haben. Bei ihrer Ordertätigkeit allerdings waren sie relativ zurückhaltend, weil die Streiks der Werke sie verunsicherten. Eine nicht unbedeutende Menge an rostfreien Flachprodukten wurden in Fernost eingekauft. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass man den längeren Seeweg um das Kap der guten Hoffnung noch immer fahren muss, weil die terroristischen Aktivitäten der Huthi-Rebellen den kürzeren Seeweg zwischen Asien und Europa noch immer blockieren. Die Kaufaktivitäten der Händler können aber nur bedeuten, dass man sich für August/September ein besseres Verkaufsgeschäft in Deutschland vorstellt als bisher. Noch sind am deutschen Markt Tiefstpreise angesagt. Der steigende Legierungszuschlag zum Juni wird voraussichtlich den Grundpreis mit nach oben ziehen, was steigende Effektivpreise bedeutet.

Nickel (**Ni**) bleibt auch künftig in erster Linie ein Legierungselement für nichtrostende Stähle und Nickellegierungen. In 11 Ländern der Welt wird Nickel produziert. Deutschland ist weltweit der viertgrößte Nickelverbraucher. Durch die Batterieherstellung wird der Nickelbedarf künftig steigen. Weitgehend kann man den durch Class-II-Nickel und Sekundärrohstoffe (Edelstahlschrotte) abdecken. Die Förderung in 2022 lag bei ca. 3,2 Mio. Tonnen. Größter Anbieter ist mit weit über 50% Indonesien, gefolgt von den Philippinen. Die kurzfristig gestiegenen Nickelpreise werden sich erst im Juni in höheren Legierungszuschlägen auswirken. Aufgrund der schwachen Nachfrage in Europa sowie auch in China glauben viele „Experten“ an einen Nickelüberhang. Wir sind der Ansicht, dass sich im Herbst die Nachfrage belebt, was sich in steigenden Nickelpreisen bzw. Legierungszuschlägen spiegelt.

Der Molybdänpreis (**Mo**) dümpelt schon seit einiger Zeit stabil vor sich hin und an dieser Situation wird sich kaum etwas verändern. Wenn, dann sind Preise nach oben zu erwarten. 45.500 bis 46.000 US\$/to sollte die Bandbreite sein.

Der Chromstahlpreis (**Cr**) wurde auf 1,52 US\$/lb festgesetzt. Damit ist er für das 2. Quartal fest. Auf den Legierungszuschlag hat das nur geringe Auswirkungen.

Fazit: Eine Veränderung der Leitzinsen wird wahrscheinlich die Rohstoffpreise nach oben verändern. Mai 2024 wird noch ein guter Monat für den Einkauf von rost- und säurebeständigen Flachprodukten. Über die gesamte Palette wird der Legierungszuschlag steigen und wird die Grundpreise wahrscheinlich hinterherziehen.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
01.02.2024	1.0867	15.985	16.235	71.148	1.478
01.03.2024	1.0819	17.175	17.450	73.788	1.588
02.04.2024	1.0740	17.000	17.100	77.772	1.581
25.04.2024	1.0689	18.855	19.080	77.622	1.759

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/23	853	07/23	1.056	997	978	993	973	1.010	↑						
4301	12/23	2.055	02/23	2.989	1.987	1.951	2.020	2.119	2.162	↑						
4404	12/23	3.373	03/23	5.472	3.161	3.242	3.302	3.466	3.500	↑						
4509	09/23	1.168	07/23	1.297	1.249	1.243	1.268	1.247	1.284	↑						
4521	12/23	2.043	03/23	2.916	1.949	2.049	2.048	2.051	2.079	↑						
4539	12/23	6.038	03/23	10.313	5.595	5.770	5.881	6.245	6.286	↑						
4571	12/23	3.415	03/23	5.550	3.200	3.281	3.345	3.514	3.548	↑						

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/23	1.116	07/23	1.267	1.196	1.174	1.192	1.168	1.212	↑						
4301	12/23	2.466	02/23	3.587	2.384	2.341	2.424	2.543	2.594	↑						
4310	12/23	2.322	02/23	3.328	2.252	2.212	2.287	2.389	2.440	↑						
4404	12/23	4.048	03/23	6.566	3.793	3.890	3.962	4.159	4.200	↑						

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	12/23	410	05/23	440	425	445	450	450								
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	06/23	1.120	02/23	1.510	1.270	1.370	1.350	1.400								
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	07/23	2.080	02/23	2.680	2.220	2.322	2.350	2.360								

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team